

ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Der langsame Rückzug der Industrie

Energieintensive Branchen investieren in vielen EU-Staaten nur zurückhaltend. Das gilt besonders für Deutschland.

Klaus Stratmann Berlin

Die Investitionen von Unternehmen aus **energieintensiven** Branchen sind in einer Reihe von EU-Staaten seit Jahren rückläufig, der Kapitalstock der Unternehmen sinkt kontinuierlich. Das gilt in besonderem Maße für deutsche Unternehmen. Zu diesem Ergebnis kommt ein noch unveröffentlichtes Papier des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), das dem Handelsblatt vorliegt.

"Wir sehen bei der **energieintensiven** Industrie in der EU eine insgesamt unterdurchschnittliche Investitionsneigung. Eine der Ursachen ist in den **energie-** und klimapolitischen Weichenstellungen zu sehen", sagte Studienautor Hubertus Bardt. "Man kann einen schleichenden Verzehr der Substanz beobachten", ergänzte er.

Der Rückgang des Kapitalstocks der **energieintensiven** Industrie ist dem IW-Papier zufolge in Deutschland überdurchschnittlich. Das Bruttoanlagevermögen der **energieintensiven** Unternehmen sei hierzulande zwischen 2010 und 2015 um sieben Prozent zurückgegangen, heißt es in dem Papier unter Bezugnahme auf Zahlen der OECD. Lediglich Finnland hatte demnach einen noch deutlicheren Rückgang des Kapitalstocks zu verzeichnen. In Finnland ist der negative Effekt vor allem auf den Rückgang des Kapitalstocks der Papierindustrie um 19 Prozent zurückzuführen. Die Papierindustrie macht dort den größten Teil der **energieintensiven** Industrie aus. Ein ähnliches Abschmelzen des Kapitalstocks wie in Deutschland gab es in Tschechien.

In Deutschland hat es dem IW-Papier zufolge zweistellige Rückgänge in der Papier- und der Baustoffindustrie gegeben, in der Chemie und in der Metallherzeugung sank der Kapitalstock um rund fünf Prozent.

"In allen beobachteten Ländern haben sich die **energieintensiven** Industrien schwächer entwickelt als die gesamte Industrie", heißt es in dem IW-Papier. Die **Energieintensiven** stünden "aus verschiedenen Gründen unter Druck, der durch die klima- und **energiepolitischen** Vorgaben verstärkt wird".

Die **energieintensiven** Branchen stehen in Deutschland für einen Jahresumsatz von 330 Milliarden Euro und für etwa 800 000 Arbeitsplätze. Es handelt sich dabei um die Branchen Baustoffe, Chemie, Glas, Nichteisen-Metalle, Papier und Stahl. Die Produkte dieser Branchen stehen am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Die Unternehmen geben jährlich mehr als 17 Milliarden Euro für **Energie** aus. Sie sind besonders stark betroffen von **energie-** und klimapolitischen Entscheidungen.

Für **energieintensive** Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, gibt es in Deutschland eine Reihe von Entlastungen, etwa reduzierte Sätze bei **Energiesteuern** und bei der Umlage nach dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz (EEG), bei der Zuteilung kostenloser CO₂-Zertifikate und in Form eines Ausgleichs für emissionshandelsbedingte Strompreisbestandteile.

Ein vollständiger Ausgleich der **energie-** und klimapolitisch bedingten Lasten ist dadurch aber nicht gewährleistet. So müssen die Unternehmen, die von EEG-Ausnahmen profitieren, einen - geringen - EEG-Anteil bezahlen. Viele Unternehmen müssen außerdem trotz kostenloser Zuteilung noch Emissionszertifikate nachkaufen. Hinzu kommt, dass viele der Entlastungen immer wieder aufs Neue erkämpft werden müssen, etwa weil sie von der EU-Kommission als unzulässige Beihilfen angesehen werden. Die daraus erwachsenden Unsicherheit dämpfen die Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen.

Zwar verkleinert sich der Kapitalstock. Eine systematische Abwanderung ins Ausland ist aber nicht zu erkennen. Es seien "keine nennenswerten Verlagerungen von Produktionskapazitäten in Länder außerhalb der EU wahrnehmbar", sagte IW-Experte Bardt. An den bestehenden Standorten in Europa werde aber nur noch "sehr zurückhaltend investiert".

Damit bestätigt das IW eine Studie des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), die im Mai veröffentlicht worden ist. Darin heißt es, es gebe keine Belege dafür, dass der Klimaschutz Industrie aus dem Land treibe. Die MCC-Forscher hatten dazu vom Emissionshandel erfasste Firmen und strukturell sehr ähnliche Firmen, die wegen geringfügig kleinerer Produktionsanlagen nicht vom Emissionshandel betroffen sind, miteinander verglichen. Eine "konkrete Verlagerungswelle" sei empirisch nicht nachweisbar, schreiben die Autoren. Da die Regeln des Emissionshandels allerdings ab 2021 deutlich anziehen, müsse man für die Zukunft die Möglichkeit einer Verlagerung im Auge behalten. Ihre Arbeit zeige sehr wohl, dass vom EU-Emissionshandel erfasste Unternehmen verstärkt Alternativstandorte erkundeten, sagten die Autoren bei der Vorstellung ihrer Studie.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Man kann einen schleichenden Verzehr der Substanz beobachten.

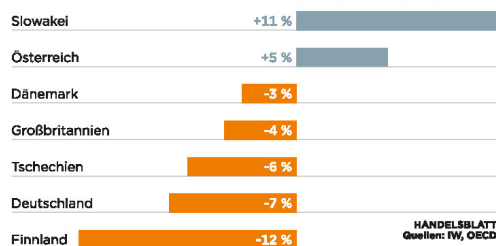
Hubertus Bardt

IW Köln

Stratmann, Klaus

Energieintensive Branchen verlieren Kapital

Entwicklung des Kapitalstocks in ausgewählten Ländern 2010 bis 2015



Handelsblatt Nr. 151 vom 08.08.2019
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weiterer Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@hvb.de.

Quelle: Handelsblatt print: Nr. 151 vom 08.08.2019 Seite 008

Ressort: Wirtschaft & Politik

Branche: ENE-16 Strom B

Dokumentnummer: 0D2154F2-8DF0-4679-B4EB-433C462CA7AB

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_0D2154F2-8DF0-4679-B4EB-433C462CA7AB%7CHBPM_0D2154F2-8DF0-4679-B4EB-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH